



Die neue Salzburger Landeshauptfrau Karoline Edtstädler im Kreis ihrer Amtskollegen .SN /Land Salzburg /Franz Neumayr

Österreich

🕒 4 min.

Landesfürst, die aussterbende Spezies

Die Länder sind in der Debatte um die Neuverteilung der Kompetenzen in die Defensive geraten. Liegt das an der Schwäche der aktuellen Landeshauptleute? Ja und nein, meinen zwei langjährige Beobachter.

ALEXANDER PURGER

WIEN. Michael Häupl war einer. Und erst der Erwin Pröll! Mit meist absoluter Mehrheit regierten sie Wien und Niederösterreich – und so nebenbei auch die jeweilige Bundesregierung. Gegen ihren Willen ging in der Republik nichts. Doch die Zeiten dieser Landesfürsten sind vorbei. Die aktuelle Konferenz der Landeshauptleute wirkt nicht so, als müsste die Bundesregierung in Wien vor ihr zittern und beben. Im Gegenteil: In der Debatte um eine kostensparende Staats- und Verwaltungsreform sind die Landeshauptleute in die Defensive geraten und tun sich immer schwerer, den Föderalismus (oder was sie dafür halten) zu verteidigen.

Warum ist das so? Der frühere Salzburger Landeshauptmann Franz Schausberger verweist auf die aktuellen Wahlergebnisse in den Ländern: „Die Zeit der großen oder gar absoluten Mehrheiten ist vorbei. Damit ist die Position des jeweiligen Landeshauptmanns geschwächt“, sagt Schausberger im SN-Gespräch. Wobei er hinzufügt: „In Wahrheit hatten die Landeshauptleute ihre Macht nie als Landeshauptleute, sondern als Landesparteiobleute ihrer jeweiligen Partei.“ Als solche hätten sie Druck

auf ihren Bundesparteichef, der gleichzeitig Kanzler oder Vizekanzler war, ausüben und ihre Wünsche durchsetzen können. „Als Landeshauptmann hat man laut Verfassung überhaupt keine Möglichkeit, einen bestimmten Minister durchzusetzen oder einen Kanzler zu stürzen. Als Landesparteiobmann schon“, sagt Schausberger und erinnert an den von den ÖVP-Ländern erzwungenen Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Jahr 2021.

Wenn man hingegen im eigenen Land nicht fest im Sattel sitzt, sondern seine liebe Not hat, den Koalitionspartner (heute meist die FPÖ) in Zaum zu halten, dann bringt man in der Bundespartei längst nicht mehr das Gewicht auf die Waage, das einst Pröll und Häupl hatten.

Der Verfassungsrechtler Peter Bußjäger warnt jedoch davor, die Länder abzuschreiben. „Ich sehe keinen großen Bedeutungsverlust der Landeshauptleute“, sagt er den SN. „Sie sind nach wie vor eine machtvolle Gruppe.“ Bei der anstehenden Verwaltungsreform suche die Bundesregierung ganz dezidiert das Einvernehmen mit der Landeshauptleutekonferenz, was auch daran liege, dass dort mit dem Steirer Mario Kunasek erstmals seit Langem auch die FPÖ wieder vertreten sei. Und die Freiheitlichen ins Boot zu holen, könnte dann, wenn es gilt, im Parlament die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsreform zu finden, noch wichtig werden, sagt Bußjäger.

Aber auch er sieht die Zeit der unumschränkten Landesfürsten als beendet an. Als Beispiel verweist er nochmals auf den steirischen FPÖ-Landeshauptmann Mario Kunasek. An sich hätte die Steiermark die Möglichkeit gehabt, die von der FPÖ abgelehnte Überwachung der Messengerdienste zur Terrorabwehr durch ein Veto zu Fall zu bringen. Doch dazu hätte Kunasek die Zustimmung seines Koalitionspartners – der ÖVP – gebraucht. Und die bekam er nicht.

Wird der Bund diese tendenzielle Schwäche der Landeshauptleute dazu nutzen, um bei der Bürokatireform seine zentralistischen Pläne durchzusetzen? Franz Schausberger winkt ab: „So stark ist der Bund und sind die Bundesparteien auch nicht, dass sie über die Länder drüberfahren könnten.“ Was auch Föderalismusexperte Bußjäger so sieht: Die Landeshauptleutekonferenz sei immer so stark, wie der Bund es zulasse. Nur in der Stärkeperiode von Sebastian Kurz habe der Bund gegenüber den Ländern die Fusion der Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse durchsetzen können, erinnert Bußjäger. – Was mittlerweile übrigens als Paradebeispiel für eine Zentralisierung erkannt wurde, die nicht Geld spart, sondern die Bürokatiekosten noch erhöht.

Ex-Landeshauptmann Schausberger verweist auf ein weiteres solches Beispiel: Die Abschaffung der Landesschulräte und ihr Ersatz durch die Bildungsdirektionen habe null Verbesserungen gebracht, sondern die Zahl der Mitarbeiter noch beträchtlich erhöht. Sowohl Schausberger als auch Bußjäger warnen daher davor, die angepeilte Umverteilung der Kompetenzen als Einbahnstraße in Richtung Bund anzusehen. Notwendig sei ein Abtausch der Zuständigkeiten nach sachlichen Gründen – also nach dem Gesichtspunkt, wer welche Aufgabe besser und kostengünstiger erfüllen

könne.

Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Steuerhoheit der Länder, merkt Schausberger an. „Das alles wird aber schwierig mit den Neos in der Bundesregierung, die Schaum vor dem Mund bekommen, wenn sie das Wort Föderalismus hören.“